

## Wachstumsmarkt Gesundheitswesen



*Prof. Dr. Eberhard Wille stellt die Prognosen für die Sozialsysteme bis 2050 vor.*

Zu einem Bündnistag hatte das „Bündnis Gesundheit 2000“ am 24. März 2004 nach Berlin eingeladen. Neben zahlreichen Vertretern der Landesbündnisse, darunter auch aus Sachsen, waren zahlreiche Bundespolitiker dieser Einladung gefolgt. Im Podium der Veranstaltung diskutierten unter anderem Gudrun Schaich-Walch (SPD) und Wolfgang Zöllner (CDU/CSU) zu-



*Die Regierungskoalition im Podium: Gudrun Schaich-Walch (SPD, Bundestagsfraktion) und Birgitt Bender (Bündnis 90/Die Grünen, re.)*

sammen mit Birgitt Bender (Bündnis 90/Die Grünen) und Prof. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe (Präsident der Bundesärztekammer) über den Arbeitsmarkt Gesundheitswesen.

Prof. Dr. Eberhard Wille vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen machte zu Beginn die Problemlage deutlich: „Bleiben die Sozialsysteme so wie sie sind, dann würden die Sozialversicherungsausgaben bis zum Jahr 2050 auf 65 Prozent steigen. Der eingeschlagene Reformkurs war deshalb notwendig“. Auf den Hinweis von Prof. Dr. Hoppe, dass durch Teile der Gesundheitsreform der Wachstumsmarkt Gesundheitswesen gebremst wird, derzeit arbeiten rund 4,1 Millionen Menschen in diesem Bereich, entgegnete Frau Schaich-Walch mit dem Argument, dass es noch andere Arbeitsmärkte zu berücksichtigen gäbe. „Im übrigen wird der Reformkurs beibehalten, weil er richtig ist.“, so Frau Schaich-Walch. Etwas weniger optimistisch reagierte Wolfgang Zöllner: „Wäre die CDU/CSU nicht in der Opposition gewesen, dann hätte es die Reform in der Form nicht gegeben. Es war ein Kompromiss“. Einer Meinung waren im Podium alle darüber, dass das Gesundheitswesen nur dann ein Wachstumsmarkt bleibt, wenn es mittelfristig ein neues Krankenversicherungssystem in Deutschland gibt. Denn dieser personalintensive Bereich lässt sich mit den bisherigen Maßnahmen nicht weiter adäquat finanzieren. „Mehr Gesundheit mit weniger Geld, wie es sich ein Teil der Bevölkerung vorstellt, wird nicht möglich sein. Im Gegenteil: Die Krankenversicherung der Zukunft wird aus einer Grundpauschale, Wahlmöglichkeiten und Zusatzversicherungen für persönliche Bedürfnis-

se bestehen. Und sie wird weder Bürgerversicherung noch Kopfpauschale heißen, denn diese Begriffe sind inzwischen ideologisch negativ besetzt.“, so Wolfgang Zöllner.

Das „Bündnis Gesundheit 2000“ hatte vor dieser Diskussionsveranstaltung eine Resolution verabschiedet ([www.buendnis-gesundheit-sachsen.de](http://www.buendnis-gesundheit-sachsen.de)). Darin fordert es, die Beschäftigungsmöglichkeiten im Gesundheitswesen dauerhaft zu sichern, die Prävention als eigene Säule der Gesundheitsversorgung aufzubauen und die Eigenverantwortung der Versicherten zu stärken sowie die bürokratischen Reglementierungen im Gesundheitswesen radikal abzubauen. Ob die Forderungen auch Wirkungen entfalten, wird sich zeigen. Aber das dieses Bündnis aus 37 Verbänden und Körperschaften bereits seit fünf Jahren existiert und nicht wie von der Politik 1999 vorhergesagt, heillos zerstritten ist, lässt hoffen. Für den Herbst 2004 wird noch ein Strategiepapier vorbereitet, welches Handlungsoptionen für den Fortgang des Reformprozesses eröffnen soll.

In Sachsen wird das Bündnis auf Landesebene bis zum Sommer ein Faltblatt für Patienten mit den wichtigsten Leistungsbegrenzungen durch die Gesundheitsreform erarbeiten. Gleichzeitig wird es ein Gespräch mit der Sächsischen Staatsministerin für Soziales zu den Fragen neuer Versorgungsstrukturen und Ärztemangel in Sachsen geben.

Knut Köhler M.A.  
Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Sächsische Landesärztekammer